



FraktionsInfo

SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow

Ausgabe März 2013

Inhalt:

Fraktion vor Ort: Frühjahrsempfang	Seite 2
13. BVV: Anträge und Große Anfragen der SPD-Fraktion	Seite 2
13. BVV: Intrafraktionelle Anträge	Seite 4

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow zu Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin. Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Jonas Knorr, Lina-Mareike Dedert, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 05.03.2013, Erscheinungsdatum: 06.03.2013

Fraktion vor Ort**Frühjahresempfang**

Am 09. März 2013 findet der Frühjahresempfang der SPD Pankow und SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow statt. Empfangen wird ab 19 Uhr im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in der Berliner Straße 120/121, 13187 Berlin.

BVV-Sitzung am 06. März 2013**Anträge und Große Anfragen der SPD-Fraktion**

Zur 13. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 06. März 2013 wird die SPD-Fraktion folgende Anträge und Große Anfragen einbringen:

Große Anfrage: Bezirklicher Masterplan Gleichstellung – wie weiter !?!

Das Bezirksamt hat nach Beschluss der BVV in der VI. Wahlperiode gemeinsam mit dem Frauenbeirat Pankow und dem Arbeitskreis der Pankower Frauenprojekte in Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms (GPR) auf Landesebene einen differenzierten bezirklichen Masterplan erstellt. Die einzelnen darin enthaltenen Maßnahmen sollten in den Jahren 2009 bis 2012 realisiert werden.

Die Große Anfrage stellt daher die Durchführung und den Abschluss in den Mittelpunkt ergänzt um Fragen zur Zukunft der Fraueninfrastrukturstellen in den Pankower Frauenprojekten, die im Zusammenhang mit dem GPR vom Senat gefördert wurden und nun teils auslaufen.

Flächensicherung in Pankow

Es gilt als sicher, dass es im Bezirk Pankow in den nächsten Jahren einen substanziellen Bevölkerungszuwachs geben wird. Der Bezirk hat dem durch eine entsprechend konsolidierte Schulentwicklungsprognose Rechnung zu tragen. Für Standorte von Schulen und Kindertagesstätten in Frage kommende Grundstücke im Bezirk müssen gesichert werden. So ist bspw. zu prüfen, ob das durch den Umzug der Feuerwache Pankow in die Pasewalker Str. freiwerdende Objekt in der Grunowstr. 18 als Schul(erweiterungs)standort in Frage kommt.

Es darf nicht erneut passieren, dass eine staatliche Fläche in die kommerzielle Verwertung geht, welche für einen Schulstandort hervorragend geeignet wäre, wie zuletzt beim Grundstück Wollankstr. 15-17, auf dem ein Supermarkt entstanden ist. Der Bezirk hat die erforderlichen politischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen zu ergreifen, um – auch im Zusammenwirken mit der Landesebene – sicherzustellen, dass für zukünftige Standorte von Schulen und Kindertagesstätten geeignete staatliche Grundstücke und Immobilien im Bezirk auch diesem Verwendungszweck zugeführt werden können.

Beteiligung am Girls' Day

Nach wie vor entscheiden sich junge Frauen überproportional häufig für „typisch weibliche“ Berufsfelder oder Studienfächer. Damit schöpfen sie ihre Berufsmöglichkeiten nicht voll aus; den Betrieben aber fehlt gerade in technischen und techniknahen Bereichen zunehmend qualifizierter Nachwuchs. Deshalb öffnen am Girls' Day technische Unternehmen und Abteilungen, Hochschulen, Forschungszentren, Organisationen und ähnliche Einrichtungen alle Bereiche, in denen Frauen bislang unterrepräsentiert sind.

Der Bezirk Pankow engagiert sich im Rahmen seiner Ausbildungsoffensive für den Girls' Day. Allerdings kann auch die Bezirksverwaltung selbst ihren Beitrag leisten. So haben 2013 etwa die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf Angebote in der zentralen Datenbank auf www.girls-day.de eingetragen wie auch einige Parteien und Fraktionen.

1-Euro-Kita-Projekt

Der Bezirk hat einigen freien Trägern von Kindertagesbetreuungseinrichtungen die Gebäude für den Betrieb einer Kita unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich um ehemalige bezirkliche Einrichtungen, für die der Bezirk keine Investitionsmittel im Haushalt vorhalten kann. Daraus ergibt sich aber auch die Erwartungshaltung des Bezirks, die Gebäude in Stand zu halten und wenn nötig zu sanieren.

Die Träger der Jugendhilfe verfügen über keine Eigenmittel in der Höhe der zum Teil sechsstelligen notwendigen Investitionen und sind darauf angewiesen, auf dem freien Markt Kredite zu akquirieren. Die Geldinstitute erwarten dafür Sicherheiten, die in Form von Eigentum zu hinterlegen sind.

Für diese Fälle hat der Senat die Möglichkeit des Kaufs der Immobilie für einen symbolischen Preis von einem Euro mit konkreten Auflagen geschaffen (Nachweis der Sanierungsnotwendigkeit, Zweckbindung als Kitastandort usw.). Der Bezirk hat sich dieser Möglichkeit bisher verweigert und stellt die Träger vor unlösbare Aufgaben bezüglich notwendiger Sanierungen.

Das Interesse des Bezirks an der Sicherstellung vorhandener und Schaffung neuer Kitaplätze ist angesichts der Bevölkerungsprognose für den Bezirk hoch. Daher sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um freie Träger zu unterstützen und dabei die guten Erfahrungen der Bezirke nutzen, die diese Form der Übertragung bereits nutzen.

Generationenbeauftragte in den Kiezen

Im weiter wachsenden Pankow kommt den Planungsraumkonferenzen eine wichtige Rolle zu, die bezirkliche Angebotsstruktur für alle Generationen und Zielgruppen kiezbezogen zu koordinieren. Dabei sollen sozialräumliche Informationen sowie die Kooperation und Vernetzung der Akteure der Jugendhilfe, aber auch der Senioren- und Familienarbeit im Mittelpunkt stehen.

Ziel sollte die optimale Nutzung aller zur Verfügung stehenden Räume auch in bezirklichen Immobilien im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und auch des ehrenamtlichen Engagements sein. Dabei sind generationenübergreifende Konzeptionen einzubeziehen, was bisher in den Planungsraumkonferenz nur in Ansätzen diskutiert worden ist.

Ansprechperson für bürgerschaftliches Engagement

Immer wieder klagen ehrenamtlich Aktive in Vereinen und Initiativen, dass sie sich bei Fragen an das Bezirksamt mühsam durchfragen müssen, um etwa Genehmigungen für Feste zu erhalten. Zwar finden sich auf der Website des Bezirks unter dem Stichwort „Ehrenamt“ Hinweise und eine Handreichung für Veranstaltungen. Demgegenüber greifen Bürgerinnen und Bürger aber vielfach zunächst zum Telefon, um Kontakt zum Bezirksamt aufzunehmen.

Die Ansprechperson sollte ferner dazu in der Lage sein, Vereine und Initiative bei der Suche nach Partnerinnen und Partnern für ihre Aktionen und Anliegen zu unterstützen und ggf. Kontakt zu anderen relevanten Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft herzustellen.

Intrafraktionelle Anträge

Kostenloses W-LAN in Pankower Stadtbibliothek

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, inwieweit Besuchern in den Standorten der Pankower Stadtbibliothek W-LAN entgeltfrei bereitgestellt werden könne. Eine derartige Ausstattung würde die Attraktivität der Einrichtungen erhöhen.

Kein Kiez für Nazis

Die BVV ruft die Bürgerinnen und Bürger Pankows auf, sich am Aktionstag gegen Naziläden und rechten Lifestyle des Aktionsbündnisses „Kein Kiez für Nazis“ am 9. März aktiv zu beteiligen.

Der Kleidungsstil ist für die rechtsextreme Szene ein wichtiges Element der Abgrenzung. Dabei existiert in der Neonazi-Szene eine Vielzahl an Modelabels, die untereinander als Erkennungszeichen dienen. Besonders für Jugendliche hat die Kleidung eine wichtige Bedeutung für die eigene Identität. Daher unterstützt die BVV Pankow ein entschlossenes Vorgehen gegen die Präsenz von Neonaziläden in unserem Bezirk. Die BVV Pankow unterstützt den Aktionstag „Kein Kiez für Nazis“ am 9. März gegen Rassismus und Neonazismus und setzt sich hiermit für Toleranz und Vielfalt ein.

Der Aktionstag findet statt in

- Hohenschönhausen: Kundgebung, 12 Uhr, Lindencenter
- Weißensee: Demonstration, Treffpunkt 14 Uhr am Antonplatz
- Friedrichshain: Demonstration, Treffpunkt 16 Uhr am S-Bhf. Frankfurter Allee

Mehr Informationen: <http://keinkiezuernazis.blogspot.eu/?p=1606>

Flüchtlingsunterkunft langfristig erhalten

Die Unterbringung von Flüchtlingen in der Straßburger Straße wurde seitens der Flüchtlinge und im Bezirk als sehr positiv erlebt. Die Flüchtlinge leben dort, entgegen der Unterbringung von Flüchtlingen in vielen anderen Einrichtungen, mitten unter den anderen Einwohner_innen, gut aufgenommen und umgeben von einer vielfältigen Infrastruktur.

Angesichts der in Berlin derzeit bereits bestehenden Notlage in Bezug auf die Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge, die auch den Bezirk Pankow betrifft, und aufgrund der Akzeptanz der Einrichtung bei den Bewohner_innen und Anwohner_innen, sollte nichts unversucht bleiben, um das Objekt Straßburger Straßen dauerhaft für die Unterbringung von Flüchtlingen zu erhalten.

Ob und inwieweit sich in den kommenden Jahren die Anzahl von Flüchtlingen verändern wird, ist nicht vorherzusagen. Sicher ist jedoch, dass der Bezirk Pankow bereits heute über keine geeigneten Immobilien mehr verfügt, um sie für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Da momentan auch eine zukünftig andere Verwertung/ Nutzung des Objektes in der Diskussion steht, ist es notwendig, dass sich die Bewohner_innen Pankows und der Bezirk eindeutig zugunsten der Flüchtlingsunterbringung positionieren.